

Ganz Europa hatte unter der Strahlenbelastung zu leiden, die mit den Regenfronten hin und her geschoben wurde.

Der chinesische Kommentar zu diesem Ereignis enthält keinen Tadel gegenüber der Sowjetunion, sondern stellt nüchtern fest, daß der "Reaktorunfall die sowjetische Atomindustrie zurückwirft". Tschernobyl liefere etwa die Hälfte des in der Ukraine benötigten Stroms. Nach Schätzungen ausländischer Experten kostet die Stilllegung des beschädigten Kraftwerkes die Sowjetunion täglich 4 Mio. US\$. Gleichzeitig hätten alle 15 Reaktoren des gleichen Typs in der ganzen UdSSR abgeschaltet werden müssen. Somit gingen also täglich mehrere 10 Mio. US\$ verloren.

Dies alles bremsen eine Entwicklung, die 1954 begonnen habe. 1985 arbeiteten 40 Reaktoren mit einer Kapazität von insgesamt 28 MW in der UdSSR. Mit 155 Mrd. kWh bestritten die KKW ein Zehntel der gesamten sowjetischen Stromerzeugung. Nach den USA und Frankreich war die Sowjetunion 1985 der drittgrößte Atomenergieproduzent der Welt. Ursprünglich hatte die Sowjetunion geplant, ihre Atomenergieerzeugung bis 1990 zu verdoppeln und bis zum Jahr 2000 zu verdreifachen, was bedeutet hätte, daß der Atomstrom 1990 bereits 20% der gesamten Energieproduktion ausgemacht hätte.

Diese ergeizigen Pläne aber seien, wie gesagt, durch den Reaktorunfall gestört worden. Die sowjetische Atomindustrie werde um "einige Jahre zurückgeworfen". Der Unfall von Tschernobyl werde die Sowjetunion zweifellos dazu zwingen, über die Notwendigkeit von "Containments" (Ummantelung mit Stahlbeton) nachzudenken und das Notkühlsystem ihrer Kernkraftwerke zu verbessern. Neben der Verbesserung ihrer Druckröhren-Reaktoren müsse möglicherweise auch die Entwicklung moderner Leichtwasser-Reaktoren gefördert werden. Dies jedoch erfordere hohe Investitionen und die Verbesserung der Technologien. Hiermit aber komme eine zusätzliche Belastung auf die ohnehin geschwächte sowjetische Wirtschaft zu.

Andererseits sei nicht anzunehmen, daß der Reaktorunfall die sowjetische Führung dazu veranlasse, ihr Atomprogramm aufzugeben; handle es sich hier doch um einen wichtigen Bestandteil der langfristigen Strategie Moskaus, um den ständig steigenden Energiebedarf im Inland zu decken und gleichzeitig den Westen im Bereich der Nukleartechnologien einzuholen (BRu 1986, Nr. 21, S. 12f).

Diese Ausführungen verdienen insofern Beachtung, als hier Überlegungen mitschwingen, die die Chinesen offensichtlich auch für sich selbst anstellen.

Vor wenigen Monaten erst hat die VR China - zumindest einstweilen - darauf verzichtet, einen über viele Monate ausgehandelten Vertrag über die Lieferung von 2 Kernkraftblöcken mit der deutschen KWU zu unterzeichnen. KWU war deshalb als Partner bevorzugt worden, weil die Blöcke in Sunan, in der Nähe von Shanghai, erstellt werden sollten, wo Sicherheit besonders groß geschrieben werden muß.

Die Absage hing offensichtlich mit Devisenüberlegungen für den Zeitraum des 7. Fünfjahresplanes zusammen. Es gab aber auch Gerüchte, daß andere Konkurrenten, möglicherweise sogar die Sowjetunion, wegen ihrer billigeren Angebote das Rennen machten. Auch die USA waren ins Gespräch gekommen - mit ihnen war erst am 23. Juli 1985 ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nuklearenergie geschlossen worden (XNA, 31.12.85).

Am 18. März war es zur Unterzeichnung eines sino-sowjetischen Abkommens gekommen, dessen Einzelheiten allerdings nicht mitgeteilt werden (XNA, 19.3.86)

Noch Anfang April hatte der stellvertretende Ministerpräsident Li Peng mitgeteilt, China strebe eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf dem Gebiet der Kernkraft an. In Kürze würden chinesische Experten zur Besichtigung von Kernkraftwerken in die Sowjetunion reisen. Gleichzeitig wies Li jedoch auf ähnliche Studienreisen chinesischer Experten nach Brasilien und in die USA hin. China werde versuchen, bei der Verwirklichung seines Atomprogramms weitgehend auf eigenen Beinen zu gehen. Die Wasser- und Kohlekraftwerke müßten in der Volksrepublik nach wie vor eine wichtige Rolle spielen und würden von der Kernkraft keineswegs verdrängt. Kernenergie bleibe m. a. W. auf eine "Ergänzungsfunktion" beschränkt. Li Peng bezog sich bei diesen Ausführungen auf Absprachen mit dem 1. stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Archipow vom März 1986.

Nahezu alle chinesischen Atomkraftexperten waren während der fünfziger Jahre in der Sowjetunion ausgebildet worden. Aufgrund dieser sowjetischen Hilfe waren die Chinesen auch in der Lage, 1964 ihre erste Atombombe zu zünden.

Möglicherweise veranlaßt die Entwicklung von Tschernobyl die Chinesen nunmehr, sich wieder über

das KWU-Angebot verstärkt Gedanken zu machen. -we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

*

*

*(4)

Sommerzeit nun auch in China

"Um den internationalen Austausch zu verbessern", beschloß China, zum erstenmal die Sommerzeit einzuführen, und zwar vom 4. Mai bis zum 14. September. Alle Uhren sollen in dieser Zeit eine Stunde vorgestellt werden. Die Nachrichtenstationen wurden angewiesen, in der Zeitangabe nicht mehr von "Beijing-Zeit", sondern von "Beijing-Sommerzeit" zu sprechen (XNA, 30.4.86). -we-

INNENPOLITIK

*

*

*(5)

Gesetzesamt des Staatsrats gegründet

Auf Beschluß des Staatsrats (Zentralregierung) wurde im April 1986 das Gesetzesamt des Staatsrats (guowuyuan fazhi ju) eingerichtet. Das nun direkt dem Kabinett unterstehende Gesetzesamt entstand durch die Zusammenlegung der Hauptabteilung für Gesetze unter dem Hauptbüro des Staatsrats mit dem Forschungszentrum des Staatsrats für Wirtschaftsgesetzgebung. Das Gesetzesamt des Staatsrats ist verantwortlich für die Verwaltung der gesamten gesetzgeberischen Arbeit des Staatsrats. Es soll die Arbeit aller Staatsratsorgane auf diesem Gebiet überblicken, organisieren, koordinieren und konkret anleiten. Dementsprechend hat das neugeschaffene Gesetzesamt des Staatsrats hauptsächlich folgende Aufgaben:

- Planung und Organisation der gesetzgeberischen Arbeit des Staatsrats;
- Überprüfung der von den verschiedenen Staatsratsorganen erarbeiteten Entwürfe für Gesetze und Verwaltungsbestimmungen;
- Entwurf von wichtigen Gesetzen und Verwaltungsbestimmungen;
- Archivierung von Gesetzen und Bestimmungen und Zusammenstellung einer Gesetzessammlung;
- wissenschaftliche Kontakte und Beratungen mit in- und ausländischen Wirtschaftsjuristen. (RMRB, 16.5.86)

Wie umfangreich die Arbeit des Gesetzesamts des Staatsrats ist, wird daraus ersichtlich, daß der Staatsrat allein in diesem Jahr 162 Gesetze und Bestimmungen entwerfen, ausarbeiten oder endgültig beschließen